

Teure Heimat!

DRK - Alten- und Pflegeheim eine teure Heimat
 Pflegesatzerhöhung bringt den Bewohnern voraussichtlich
 ein Minus von DM 331 im Monat - Dennoch: "Sozialhilfe
 ist hier nicht das Thema!"

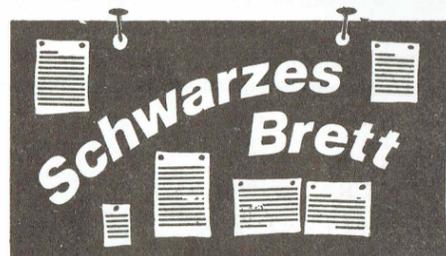
Beherrschendes Thema beim Besuch der Bundestagsabgeordneten Heide Simonis und der SPD Kronshagen im Altenwohn- und Pflegeheim des DRK-Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde war die angekündigte, mit fast 28 Prozent unerwartet und unbereiflich hohe Kostensteigerung. Bei der Rente ein Plus von - hoch gerechnet - 72 DM, beim Pflegesatz eine Erhöhung von 403 DM, rechnete der Sprecher, Herr Riecken, vor. "So haben wir uns unseren Lebensabend im Heim des Deutschen Roten Kreuzes in Kronshagen nicht vorgestellt, besonders nicht die vielen DRK-Mitglieder unter uns!" Und die allgemeine Unruhe seiner Mitbewohner nach Heide Simonis Worten zur Rentenpolitik und nach ihrem Versuch, Mut zu machen erklärend: "Sozialhilfe, das ist nicht das Thema! Ehe unsere wohlverdiente Rente draufgeht und bevor sich möglicherweise das Sozialamt an unseren Kindern schadlos hält, wollen wir hier wissen: Wie kann es nach so kurzer Zeit zu einer solch unglaublichen Erhöhung kommen? Sind es die Rentner, die das Loch bei den Baukosten zu stopfen haben? Was ist aus unseren Vorschlägen, z.B. beim Essen und bei der Energie zu sparen, geworden? Hat man uns mit falschen Zahlen ins Heim gelockt? Und was wird erst, wenn niemand mehr hier wohnen will wegen der hohen Kosten? - Wir brauchen andere Hilfe zuerst, nicht Sozialhilfe!"

Bei soviel Unmut, ja Zorn, geriet denn das gemeinsame Singen der schönen Volkslieder, angestimmt von Gemeindevertreter Walter Mertins, auf dem Klavier von Charlotte Thomsen begleitet, fast zum Versuch, Unruhe zu dämpfen.



Dabei waren jene aktuellen Sorgen gar nicht der Anlass für die SPD gewesen, die Heimbewohner - zum großen Teil auch Neubürger Kronshagens - zu besuchen. Doch die Unruhe war nur zu verständlich, wie wir meinen, zumal auch Dieter Reyner, Ortsvereinsvorsitzender und stellvertretender Fraktionsvorsitzender, auch nur versichern konnte: "Was wir für Sie tun konnten, das haben wir getan. Was wir für Sie weiter tun können, das werden wir tun!" Das war gewiß nicht viel.

Zu schnell war die Zeit vorüber und nicht nur die Besucher mögen das Ende fast als Abbruch empfunden haben. Herzlich dankte Herr Riecken für den selbst gebackenen Kuchen, den Kaffee, die beiden Palmen, Walter Mertins für die launige Moderation und Heide Simonis für die lockere Schilderung ihres Alltags in Bonn und im Wahlkreis. Herzlich - aber auch eindringlich - rief Herr Riecken zum Abschied seinen Gästen zu: "Kommen Sie doch bald wieder."



- Montag, 16. 3. Altpapiersammlung DRK
- Dienstag, 17. 3. "Spieltreff f. Erwachsene Spielothek
15 - 17 Uhr Kopperp. Allee
- Donnerstag, 19. 3. "Zauberinsel Bali" Gemeindebü-
19.30 Uhr Diavortr. Dr. König cherei
- Donnerstag, 19.3. Arbeiterwohlfahrt: Feuerwache
19 Uhr Jahresmitglieder vers.
ab 20 Uhr: "Spaziergang durch das
"ole Kiel" (auch Gäste)
- Donnerstag, 19.3. Folkloreabend mit den Haus der Jugend
19.30 Uhr Gruppen "Kornblume" u.
"Treibsand"
- Sonabend, 21.3. "Einführung in die Spiellothek
10.00 Uhr Fischertechnik"
H. Sengewitz
- Sonabend, 21.3. Gastspiel Rockgruppe Haus der Jugend
20.00 Uhr Nuala aus Buchholz/Nordheide
- Mittwoch, 25. 3. Kinderfilmmittag, Haus der Jugend
16.00, "Charlie Brown"
19.00 u. 20.00 "Sabine Wulff"
- Donnerstag, 26.3. "Mit Schulschiff Deutsch- Gemeindebüche-
19.30 Uhr land um die Welt" rei
Diavortrag H.-J. Hesse
- Montag, 31. 3. Arbeitsgemeinschaft TSVK-Sportheim
20.00 Uhr sozialdemokratischer
Frauen Kronshagen u. Kiel (ASF):
"Frauenlöhne - wie lange
noch?"
- Dienstag, 31. 3. AW Kronshagen: Anmeldungen bei
Abfahrt 14 Uhr Zum Baden und Wandern Weskamp, 54 29 28
nach Laboe Petersen, 58 83 53
- Dienstag, 31. 3. Sitzung der Gemeindever- Sitzungssaal
19.00 Uhr tretung (öffentlich!) Gemeindehaus
- Dienstag, 7. 4. ASF: Frauenstammtisch Landhaus Kronshagen
20.00 Uhr

Kontakte -
 Sozialdemokratische Bürgerzeitung für
 Kronshagen
 Herausgeber: Arbeitskreis Leitung im
 Ortsverein Kronshagen
 Verantwortlich: W. Weskamp, Biedlerkamp 1
 Tel. 26 51 04
 Fotos: Magnusen B. I., Hansen B. S.
 Druck: Dorf-Druck, Kronshagen
 Auflage: 5000

SPD
 Sozialdemokraten

kontakte

KRONSHAGEN
 aktuell



Wi sünd wedder dor!

Nach langer Pause meldet sich "Kronshagen aktuell" wieder zu Wort. Die Ursachen solcher "Funkstille" sind allen, die im politischen oder anderen Organisationen und Vereinen tätig sind, wohl bekannt: Der Kreis derjenigen, die bereit und in der Lage sind, über ihren privaten Bereich hinaus Aufgaben zu übernehmen, ist begrenzt, obwohl der Einzelne über mehr Freizeit denn je verfügt. Was sind die Gründe? Ein Gefühl der Ohnmacht? Ein verstärkter Trend zum Privaten?

Dabei zeigt die hohe Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1980 (in Kronshagen fast 93%), daß - trotz eines an Argumenten schwachen Wahlkampfes - Interesse an der Politik vorhanden ist. Wie kann es genutzt werden?

Die SPD-Fraktion in der Kronshagener Gemeindevertretung und der SPD-Ortsverein beabsichtigen, mit dieser Zeitung ihre Arbeit darzustellen; gleichzeitig soll die

- Ji ok?

Willensbildung innerhalb der SPD deutlich gemacht und versucht werden, den Bürger an diesem Willensbildungsprozess zu beteiligen.

Das vor uns liegende Jahrzehnt stellt uns vor schwerer zu lösende Aufgaben, die Funktions- und Mandatsträgern der Parteien nicht allein überlassen bleiben sollten. Die Tatsache, daß einige Probleme Kronshagen nicht oder noch nicht zu berühren scheinen, darf nicht dazu führen, ihnen aus dem Wege zu gehen. Zeitungen und andere Medien mit größter Meinungsvielfalt sind wichtig, können aber höchstens über Zuschriften die Meinung und Reaktion der Leser erfahren und reflektieren. Für alle Fälle: Über Leserbriefe, auch nicht-zustimmende, würden wir uns freuen.

...weiter S. 2

Das "wahlfreie" Jahr 1981 gibt uns allen die Möglichkeit, Themen von gemeinsamem Interesse ohne Seitenblick auf Wählerstimmen offen und auf breiter Basis zu diskutieren. Die drängendsten Probleme, die sich für eine Diskussion über die Parteien hinaus eignen, sind nach unserer Auffassung:

Fragen zur Energie: Welche traditionellen Energiequellen haben noch Zukunft? Welche Alternativen gibt es? Warum ist Energiesparen teuer?

Wohnungsbau als gesellschaftliches Problem: Bedurfte es erst der Gewalt, um neu über dieses Grundbedürfnis des Menschen nachzudenken?

Umwelt: Chemie - gefährlicher als Kernkraft? Wie wichtig ist Lärmschutz? Wie "gesund" ist unsere Landwirtschaft (für den Verbraucher)?

Verkehr: Straßenbau - Qualität statt Quantität - Straßen zum Fahren - Straßen zum Spielen?

Rüstung und Dritte Welt: Machen wir uns mitschuldig? Panzer statt Brot?

Die Themen und Unterthemen sind Vorschläge, andere Vorschläge sind denkbar und erwünscht, wenn daraus eine fruchtbare Diskussion entstehen soll.

Die Form dieser Veranstaltungen möchten wir gern ebenfalls zur Debatte stellen. Für Vorschläge, welche neutralen Veranstalter (Kirche, VHS, Einzelpersonen o.ä.) in Frage kommen würden; in welcher Form Parteien und Bürger beteiligt werden könnten, wären wir unseren Lesern dankbar. Wir schlagen vor, als Referenten weniger Politiker als Experten - die nicht unpolitisch zu sein brauchen - zu Wort kommen zu lassen.

Th.S.

Wir über uns

Der Redaktion ist die Entscheidung nicht leichtgefallen, das Wiedererscheinen von "Kronshagen aktuell" unter einem neuen Namen zu beginnen.

"Kronshagen aktuell" hatte (mit 7 Jahrgängen) schon Tradition. Aber der Anspruch "aktuell" ist - gegenüber Fernseh- und Tageszeitungsmeldungen - für eine Ortszeitung dieser Art etwas hoch gegriffen. Aktuellen Themen werden wir deshalb nicht aus dem Wege gehen.

Mit dem Titel "Kontakte" möchten wir das Miteinander mehr in den Mittelpunkt stellen. Sie finden in dem folgenden Artikel Vorschläge, wie wir uns diese Kontakte vorstellen.

Wir hoffen, mit unserer Erstausgabe "Kontakt" zu Ihnen hergestellt zu haben, Ihr Interesse gewonnen oder in Form von Leserbriefen oder Vorschlägen Ihre Mitarbeit für weitere "Kontakte" zu gewinnen.

Die Redaktion

Briefe an die Redaktion... Briefe an die Redaktion...

Um "Wortmeldungen" bittet die Redaktion von "Kontakte" an folgende "kontakt"-Adresse:

Frau Charlotte Thomsen, Bertha-von-Suttner-Str. 1, Telefon: 54 11 25

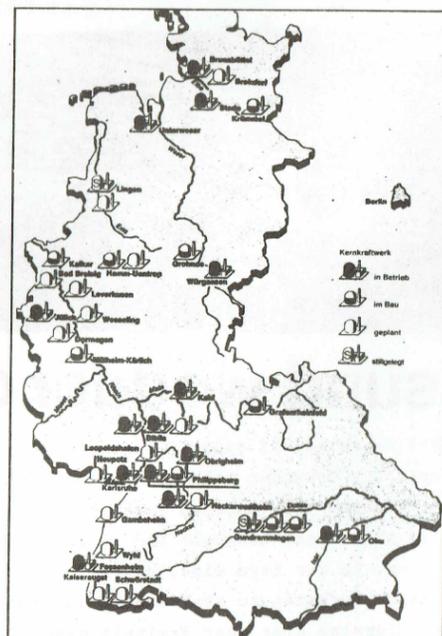
KKW

jein danke?

Die Diskussion um die Kernenergie ist seit der Unterstützung des KKW Brokdorf und der damit eindeutigen Festlegung auf diese Technologie durch die Bundesregierung wieder aufgelebt.

Die SPD hatte in Berlin beschlossen, Kernkraftwerke nur zur Deckung des Energierestbedarfs einzusetzen. Dieser Beschluß war und ist eine untaugliche Handlungsrichtlinie, da der Restbedarf nicht quantifiziert wurde. Welche Energieträger in welchem Ausmaß eingesetzt werden ist immer von der Entwicklung der relativen Preise aller Alternativen abhängig. Je teurer der Einsatz einer Energiequelle wird, desto größer ist der Zwang, diese durch andere zu ersetzen. Im marktwirtschaftlichen Steuerungsprozeß erhalten dann auch Investitionen zur Energieeinsparung ihre Berechtigung und mindern den Gesamtbedarf. Damit ist "Restbedarf" aber eine variable ökonomische Größe, die von der relativen Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Energieträger abhängt.

Der im Berliner Beschluß in diesem Zusammenhang propagierte "Vorrang für Kohle" ist später weder von der SPD noch von der Bundesregierung faktisch angestrebt worden. Glaubwürdig wäre diese Forderung nämlich erst gewesen, wenn man alle Importbeschränkungen bei der Kohle aufgehoben hätte, so daß sie zu den niedrigeren Weltmarktpreisen mit Öl, Gas und Atom hätte konkurrieren können.



Mit Atomkraft vollpflastern?

14 Kernkraftwerke sind zur Zeit mehr oder weniger in Betrieb, vorausgesetzt es gibt in absehbarer Zeit wirklich ein sicheres Entsorgungszentrum - der müßte immer noch mindestens 50 weitere Standorte für neue Kernkraftwerke finden und durchsetzen!

Bei der Frage der Wettbewerbsfähigkeit einzelner Energieerzeuger sind jedoch nicht nur die tatsäch-

lichen Herstellungskosten des Stroms relevant, sondern auch das entstehende Risiko. Während fraglich ist, ob Kernkraftwerke ohne Staatsgelder in ungestörtem marktwirtschaftlichen Entscheidungsprozeß überhaupt eine Chance hätten, ist sicher, daß die Kerntechnik mit sehr viel höheren Risiken (Betriebsrisiko, Endlagerung, Entsorgung, Bewachung stillgelegter Reaktoren) verbunden ist als andere Kraftwerke.

Hohe Risiken tragen wir aber in den modernen Industriegesellschaften - wenn auch viel weniger diskutiert - heute bereits in vielen Produktionsverfahren (z.B. Chemie). Dies ist nicht ein atomspezifisches Problem. Man muß bei der Risikoabwägung allerdings wissen, daß Sicherheit nicht kostenlos ist und die Entscheidung für risikoarme Produktionen u.U. mit Einkommensverlusten bezahlt werden muß. Hier werden sich verschiedene Gesellschaften unterschiedlich entscheiden: Es kann daher auch eine Wohlfahrtssteigerung bedeuten, wenn "angstfreie Umwelt" konsumiert wird anstatt anderer Konsumgüter. Da aber die Vorstellungen von Konsumwünschen und Lebensqualität einer ganzen Gesellschaft nicht meßbar sind, bleibt wohl nur eine politische Entscheidung übrig.

Hier müssen die Parlamente jetzt entscheiden, ob es verantwortbar ist, einem großen Teil der Bevölkerung

Wußten Sie schon...

Die Befürworter der Kernkraft verwenden in ihrer Argumentation gern Zahlen über steigenden Stromverbrauch. So fußten die bisherigen Prognosen auf einer Steigerungsrate von 7% pro Jahr an elektrischer Energie. Dem Wirtschaftsbericht der Versorgungsbetriebe unserer Gemeinde war zu entnehmen, daß der Stromverbrauch in 1980 rückläufig war. Selbst unter Berücksichtigung, daß im letzten Quartal eines Jahres immer ein Anstieg zu verzeichnen ist, soll das Endergebnis bei einer Steigerung von knapp 1% liegen, nach Abzug der Neuzugänge an Verbrauchern fast ein Nullwachstum. Zufall oder Symptom für ein energiebewußteres Verbraucherverhalten? Zumindest eine Zahl, die zum Nachdenken Anlaß gibt.

eine in ihrer Sicht existenzbedrohende Technologie zuzumuten. Oder ob es nicht menschlicher wäre, einen Konsens zu finden, auch wenn damit eine technologische Second-best Lösung verbunden ist.

Damit aber alle Teile der Gesellschaft Vertrauen in die politische Führung haben können, ist eine offene Informationspolitik nötig. Die Verantwortlichen dürfen dabei nie den Verdacht erwecken, sie würden von Produzenteninteressen (Energielobby, Gewerkschaften, Kraftwerksindustrie) oder von Opportunismus in ihrer Entscheidung beeinflusst.

Neue Öko-Gruppe in Kronshagen Zusammenarbeit Ehrensache!

Als Initiator des Grünordnungsplanes der Gemeinde begrüßt die SPD Kronshagen die Bildung der Öko-Gruppe Kronshagen im Haus der Jugend und wünscht ihr den Zuspruch, den das Thema "Umwelt" erfordert, und eine erfolgreiche Arbeit auch im Sinne aller Bürger. Für die SPD und insbesondere für den Öko-Arbeitskreis des Ortsvereins ist es selbstverständlich, der Einladung der Öko-Gruppe Kronshagen nachzukommen, am 4. April 1981 das Naherholungsgebiet Domänental zu erkunden. In diesem Zusammenhang erinnert die SPD an die überfällige Verabschiedung des "landschaftspflegerischen Begleitplanes".



Aus den Vereinen

Seit dem Sommer 1975 hat die Siedlergemeinschaft Kronshagen e.V. eine sehr aktive Jugendgruppe, in der vor allem das Laienspiel gepflegt wird. Die Zusammenkünfte und Übungszeiten finden seither in einem Privatraum statt, den eines unserer Mitglieder zur Verfügung gestellt hat. Inzwischen ist jedoch die Teilnehmerzahl so angestiegen, daß schon seit langem vorliegende Wünsche um Aufnahme in die Gruppe nicht mehr erfüllt werden können. Das war u.a. auch ein Grund dafür, den Bau eines Jugendheimes zu erwägen. Als dann Verwaltung und Vertretung unserem Antrag entsprachen, uns für diesen Zweck ein kostenloses Grundstück an der Tegelkuhle zu überlassen, beschloß die Mitgliederversammlung am 31. Oktober 1980, einen Plan für die Errichtung dieses Heimes aufzustellen.

Es soll innen 10 x 6 m groß werden und laut Vorschlag ca. 85 000 DM kosten. Finanziert werden soll es durch eine erhebliche Eigenleistung unserer Mitglieder, durch Spenden, den Verkauf von Bausteinen und erhoffte Mittel von Kreis und Land.

Walter Weckmann

Einfach aussteigen?

"Aussteiger haben nur das Einsteigen verpaßt - Was junge Leute in ihrer Freizeit tun können " Auf diese einfache Losung brachte es der "Kieler Express" in seiner Ausgabe vom 19. Februar.

Wer jedoch das Problem jugendlicher Aussteiger lediglich als "Freizeitkrise" sieht, zeigt, daß er von den tatsächlichen Ursachen wohl nichts verstanden hat.

Tatsache ist, daß sich mehr und mehr junge Menschen von der Gesellschaft lossagen, wobei die Wege vielfältig sind. Apathie, Rückzug ins Private, In-den-Tag-leben auf der einen, Gewalt, Aggression und Drogen auf der anderen Seite.

Eines wäre fatal: anzunehmen, daß sich das Problem von selbst löst, wenn man nur nicht zu viel darüber redet. Doch um die Krise zu meistern, muß man zunächst verstehen, worum es überhaupt geht.

Kann man es dem Jugendlichen verdenken, wenn er Umstände in unserer Welt einfach nicht verstehen kann? Wenn die Umweltzerstörung weiter voranschreitet, wenn in aller Welt Menschen hungern, andererseits die Rüstung ins Astronomische wächst, hier Lebensmittel der Preispolitik wegen vernichtet werden, wenn man gar mit dem Führerschein in der Tasche nicht den Wehrdienst verweigern kann. Für Moral scheint in der Politik kein Platz mehr zu sein, es ließe sich nicht einmal mehr die Todesstrafe heute abschaffen, angesichts der dann arbeitslosen Henker. Auch der "Bericht an den Präsidenten", eine US-Studie über die Zukunft unserer Welt, kommt zu dem Fazit:

"Die vorliegenden Informationen lassen keinen Zweifel darüber, daß die Welt ... in den unmittelbar bevorstehenden Jahrzehnten mit ungeheurer dringlichen Problemen ... zu kämpfen haben wird. Prompte und mutige Wandlungen in der ganzen Politik auf der ganzen Welt sind erforderlich... Zögert man die Entscheidungen so lange hinaus, bis sich die Probleme verschlimmern haben, so wird sich der Spielraum für wirkungsvolles Handeln drastisch verringern."

(Deutsch als "Global 2000" bei Zweitausendeins)

Der Jugendliche muß sehen, daß die Politiker hingegen die wirklich nicht leicht lösbaren Probleme der Welt eben nicht mutig angehen, sondern in "Sachzwängen" gefangen sind. Daraus folgt ein tiefes Mißtrauen in die Politik, gepaart mit nackter Angst vor der Zukunft.

Zudem sieht der junge Bürger, daß er seine Interessen auf demokratischem Wege kaum durchsetzen kann. Es ist trauriges Faktum, daß anscheinend der Schlaf der Verantwortlichen erst durch das Klirren von Fensterscheiben gestört wird. Oder hat sich vor den (gewalt-samen) Hausbesetzungen jemand um die leerstehenden Häuser hier und die Tausende ohne Wohnung dort ernsthaft gekümmert?

Es ist traurig, daß friedliche Demonstrationen kaum etwas bewirken, wäre doch gerade mit denen, die derart engagiert sind, im positiven Sinne "Staat zu machen". Statt dessen werden die Aktionen von einigen, die Gewalt anwenden (gerade durch "Kriegsberichterstattung" in der Presse) zum Hauptereignis, während die Mehrheit der friedlichen Demonstranten nur Kulisse zu sein scheint.

bereits zwei Tage nach der Demonstration von 100000 Bürgern die Baumaschinen an. So werden die Politiker schwerlich wieder Gesprächspartner für die Jugend!

Beruhigung durch das Versprechen auf eine bessere Zukunft kann hier nur als Hohn empfunden werden; noch nicht einmal eine Lehrstelle, wohl die Voraussetzung für eine sichere Zukunft, kann ihnen heute noch garantiert werden.

Wer die Anonymität und Kälte unserer Städte sieht, wer liest, daß Tote monatelang unbemerkt in ihren Wohnungen liegen, kann der Übernehmen, daß Jugendliche das nicht wollen, daß sie andere, "alternative" Lebensformen suchen? Daß sie es überhaupt versuchen ist ein Zeichen von Kraft und Zuversicht, daß ein solches menschenwürdigeres Zusammenleben möglich ist, Aus dieser Sicht

"Wenn nur Leistungsdruck und Rückgratverbiegung als Prinzipien vorherrschen, dann darf man sich nicht über verbiesterte junge Leute wundern"

Björn Engholm

scheint es grotesk, als Lösung eine bedingungslose Rückkehr der Aussteiger anzubieten, denn ebenso, wie man nicht von den Erwachsenen verlangen kann, alle ihre Ideale zu opfern, darf man nicht von den Aussteigern erwarten, daß sie alle ihre Vorstellungen über Bord werfen, nicht zuletzt deshalb, weil unsere Gesellschaft gerade diese Impulse dringend braucht, wie sie mündige Menschen braucht, die bereit sind, sich für ihre Ziele zu engagieren.

Weit gefährlicher für Aussteiger selbst ist ein besonderer Weg des Aussteigens: die Droge. Im Rahmen eines solchen Artikels ist es nicht möglich, das Drogenproblem umfassend zu behandeln.

Die Drogenwelle hat das „idyllische“ Dorf erreicht

Nur soviel: wer glaubt, daß die "Gartenstadt Kronshagen" quasi als Paradies von allen Übeln der übrigen Welt verschont bleibt, der irrt sich! Auch hier gibt es Jugendliche, die Drogen nehmen, die mehr Alkohol trinken, als man hinnehmen könnte. Diese Tatsachen dürfen nicht in Vogel-Strauß-Art unter den Tisch gekehrt werden. Ein offener Dialog - ohne "Erwachsenenüberheblichkeit" - ist nötig, um das, was mit "harmloseren" Mitteln beginnt, nicht zur Katastrophe werden zu lassen.

Jens Siebmann

Notenkult Mitursache für Drogenkonsum?

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Junglehrer im Verband Bildung und Erziehung sehen das öffentliche Schulwesen in einer pädagogischen und strukturellen Krise. "Es produziere jährlich etwa 280 000 Sitzbleiber und sei mitverantwortlich für jene 500 bis 700 Schülerelbstmorde im Jahr, für über 600 jugendliche Drogentote und bis zu 18 000 Selbstmordversuche bei Jugendlichen."

In diesem System mit der Ausbildung zum Lehrer "am Kind vorbei" fehle der Lehrer, der in der Lage sei, sich dem individuellen Bedürfnis des Schülers im notwendigen Maß hinzuwenden.

Ein Sofort-Beitrag der Länder wäre es, mehr Lehrer einzustellen. Das sei gleichzeitig ein Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Aus der Gemeindevertretung

Anfrage der SPD-Fraktion:

1. Ist die Gemeinde als Zuschußgeber bei der bevorstehenden Erhöhung der Sätze beteiligt worden?
2. Hat die Pflegesatzkommission Zeitpunkt und Umfang der Erhöhung bereits genehmigt?
3. Wie die Kostenexplosion gerechtfertigt (Vergleich zu anderen Heimen)?



4. Hat der Heimbeirat entsprechend § 26 Nr. 3 Heimmitwirkungsverordnung bei der Entscheidung über die Änderung der Heimkostensätze mitgewirkt?

5. Wie ist es dazu gekommen, daß die Sätze bereits innerhalb des ersten Betriebsjahres erhöht werden sollen, wenn man davon ausgehen kann, daß die Sätze üblicherweise im jährlichen Rhythmus erhöht werden?

6. Welche Auswirkungen werden die Erhöhungen auf den Sozialhaushalt der Gemeinde haben?

7. Welche Maßnahmen werden getroffen, um die ohnehin bestehenden Vorbehalte gegen die Inanspruchnahme von Sozialhilfe abzubauen?

8. Welche Auswirkungen werden die Erhöhungen auf die künftige Belegung des Heimes haben?

Antwort der Gemeindeverwaltung:



Nein

Nein

Höhere Personalkosten als veranschlagt infolge höheren Bedarfs, der durch Schwerstpflegefälle bedingt ist; Baukostenüberschreitung in Höhe von 6 v. H. der Bausumme, die nachzufinanzieren ist.

Nein, der Beirat ist am 15.1.1981 unterrichtet worden, nach vorangegangenen Schriftwechsel vom 30.12.80/5.1.81

Durch das Ergebnis des Jahresabschlusses 1980.

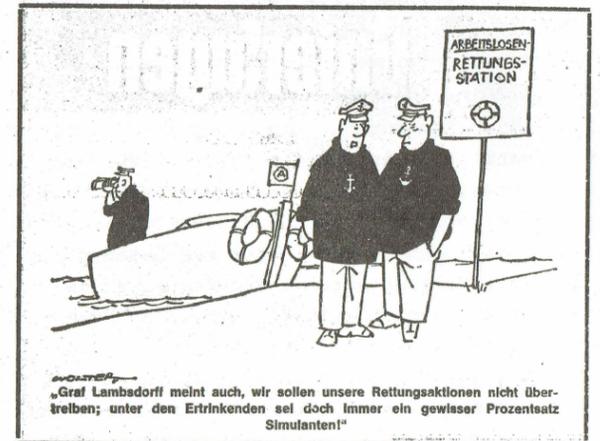


Eine Mehrbelastung wird erwartet, genaue Angaben können noch nicht gemacht werden.

Einzelberatung, Hinweise auf die Rechtsansprüche der Bürger.

Vermehrte Aufnahme von Sozialhilfempfehlern.

In der Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertretung, in der die skandalöse Angelegenheit von der SPD zur Sprache gebracht wurde, wird berichtet, daß Gemeindevertreter der SPD weitere Fragen gestellt haben. In der Niederschrift über die öffentliche Sitzung aber fehlen sowohl die Fragen als auch die Antworten der Gemeindeverwaltung...



"Graf Lambsdorff meint auch, wir sollen unsere Rettungsaktionen nicht übertreiben; unter den Ertrinkenden sei doch immer ein gewisser Prozentsatz Simulanten!"

Aufgespießt

Bürgeranhörungen, so sagte Bürgermeister Klose in einem NDR-Streitgespräch mit Ministerpräsident Stoltenberg, müssen von den Politikern ergebnisoffen geführt werden. Es sei ein Fehler der Vergangenheit gewesen, daß Politiker die Diskussion immer so geführt haben, als ob ihre Meinung die einzig Richtige sei.

Ein anderer Schauplatz dieser Tage: Bürgeranhörung im Gemeindehaus Kronshagen zum neuen B-Plan. Zum Auftakt "durften" die Bürger erst einmal den Bürgermeister der Gemeinde anhören und dann den Erläuterungen des planenden Architekten lauschen. Als sich dann sogar ein Bürger Gehör verschafft und vorschlägt, aus Umwelt- und Energiegründen alle Häuser an eine zentrale Heizungsversorgung anzuschließen, waren gleich drei abwiegelnde Antworten zur Stelle. Wie hieß doch die Veranstaltung? Bürgeranhörung! Dann hören wir sie doch **ersteinmal** an.

Verkehrsberuhigung in der Sackgasse?

Bewundernswerte Blüten treibt das Thema Verkehrsberuhigung in der Gemeinde. Das zeigte die Bürgeranhörung zum B-plan 30. Jetzt sollen sogar Sackgassen verkehrsberuhigt werden. Straßen also, die nur den Anliegern und einigen wenigen Besuchern dieser Anlieger dienen. Auch so kann man ein politisches Sachthema aufgreifen und totreiten. Der an sich begrüßenswerte Vorschlag, Wohngebiete von Verkehrslärm freizuhalten, wird hier überstrapaziert. Die meisten Ortsteile/ Straßen/ Plätze von Kronshagen sind ruhig. Wie ich meine so ruhig, daß nur noch der Zentralfriedhof von Kiel ruhiger ist. Die wenigen Hauptverkehrsstraßen sind nicht zu beruhigen - allenfalls durch Maßnahmen, die anderen Bürgern wieder Verkehrslärm zumuten. Man darf gespannt sein, wie der endgültige Vorschlag der Verwaltung zu diesem Thema aussehen wird.

Der Spielraum ist enger geworden

Die CDU-Landesregierung, vertreten durch den Innenminister, hat es wieder einmal nach kurzem "Laut geben" erreicht, daß ihre Partei-Musterschüler in der Gemeinde Kronshagen als getreue Befehlsempfänger Vollzug melden konnten. Der ministeriellen "Anordnung", den Haushalt 1981 nicht wie vorgeschrieben bis Dezember 1980 zu verabschieden, sondern abweichend von den bestehenden Gesetzen erst im Jahre 1981 der Gemeindevertretung zur Beratung vorzulegen, wurde (gegen die Stimmen der SPD) gefolgt. Dabei konnte dieses Verhalten der Mehrheitsfraktion nicht einmal ausreichend begründet werden, da es zwar stimmt, daß die Finanzen der öffentlichen Haushalte in vielen Gebietskörperschaften angespannt sind, dieses trifft für Kronshagen jedoch nicht zu.

Gesunde Finanzen!

Die Gemeinde hat aufgrund ihrer soliden Finanzpolitik - maßgeblich beeinflußt durch den Kämmerer, Herrn Bosewski - den niedrigsten Schuldenstand seit 8 Jahren:

- hat immer noch eine Rücklage von über 700.000,-DM, die durch Rückflüsse aus dem Haushalt 1980 noch um eine sechsstellige Zahl aufgestockt werden wird;
 - kann zudem in den Folgejahren mit erheblichen Zahlungen aus dem Landeshaushalt rechnen. Diese zu erwartenden Summen sind zugesagte Zuschüsse für den Ausbau der Kopperpähler Allee, für die unsere Gemeinde in Vorlage getreten ist.
- Zur Panik bestand also kein Anlaß, das zeigten die Haushaltsberatungen im Januar allzu deutlich. In dieser wirtschaftspolitisch schwierigen Zeit hätten die Politiker der Mehrheitsfraktion unter Würdigung der tatsächlichen Fakten gut daran getan, die Kronshagener Bevölkerung nicht auch noch mit unzutreffenden Äußerungen zu ängstigen.

Sicherung von Arbeitsplätzen in schwieriger werdenden Zeiten

Es geht nicht an, daß Steuergelder im Sparstrumpf versteckt werden bei einer Wirtschaftslage, die es im Interesse der Erhaltung von Arbeitsplätzen verlangt, daß man öffentliche Mittel für Investitionen ohne Folgekosten einsetzt. Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, wie es der Sprecher der SPD in der Sitzung der Vertretung ausführte, den gleichen schlechten Weg einzuschlagen, wie es der Kreis Rendsburg/Eckernförde getan hat, der es bei einer über 15 Mill. DM betragenden Rücklage nicht für nötig erachtet, die Kreisumlage zu ermäßigen und damit den Gemeinden einen Teil des Finanzspielraumes wiederzugeben, den das Land durch die Kürzung der Finanzausgleichsmasse den Gemeinden 1981 genommen hat. Übrigens nur einer der 3 Kronshagener Kreistagsabgeordneten, der Abgeordnete der SPD, stimmte für eine Senkung der Kreisumlage und damit für eine Verstärkung der Finanzkraft der Gemeinde Kronshagen.

So hat die Gemeinde aus dieser Tatsache heraus, bei Verminderung der Steuereinnahmen in diesem Jahr, eine gegenüber dem Vorjahr um 117.000,- DM erhöhte Kreisumlage an den Kreis abzuführen.

Ermäßigte Kindergartenbeiträge

Positiv aus der Sicht der Bürger ist die Tatsache, daß vom Kreis die Mittel für die Bezuschussung der Kindergartenplätze erhöht wurden. Allerdings sollen diese Beträge nicht den Haushalt der Gemeinde entlasten, sondern unmittelbar zur Verminderung der Elternbeiträge führen. Die SPD hat in den Haushaltsberatungen auf diesen Tatbestand hingewiesen und erwartet jetzt eine zügige Vorlage einer diesem Tatbestand Rechnung tragenden Gebührensatzung für den Kindergarten.

Den Blick nach vorn richten

Forderung nach Investitionen

Die SPD-Fraktion brachte zum Ausdruck, daß sie dem Haushalt für 1981 in der vorgelegten Form zustimmen könne, jedoch erwarte, daß nunmehr schnellstens Vorschläge für Investitionen ohne Folgekosten auch von der Verwaltung erarbeitet werden, die aus der Rücklage finanziert werden könnten und damit helfen, Arbeitsplätze zu sichern.

Der Sprecher der CDU ging hierauf ein und erachtete diesen Weg im großen und ganzen für richtig. Ob allerdings die erklärte Absicht der CDU, das geplante Bürgerhaus zügig als Baumaßnahme voranzutreiben,



der richtige Weg ist, dem Ziel von Investitionen näher zu kommen, dürfte aus der Sicht des vorher Gesagten zweifelhaft sein, da es sich beim Bürgerhaus um ein Objekt in Millionenhöhe handelt, das erhebliche Folgekosten beinhaltet. Zudem ist fraglich, ob die Zuschüsse von Land und Kreis in dem Umfang gewährt werden, wie es nötig ist. Allein von Kronshagen ist dieses Objekt nicht zu finanzieren. In soweit scheint die Absicht der Mehrheitsfraktion, mit dieser Maßnahme die Wirtschaft ankurbeln zu wollen, nur ein aus der Hüfte geschossener Vorschlag zu sein, um die Gemüter derer zu beruhigen, die auf schnelle Hilfe für den Arbeitsmarkt warten.

In einem Satz

Kürzere Arbeitszeit für Lehrer - mehr Lehrer - bessere Schulen - zufriedene Kinder: Wenn das denn die Folge eines erfolgreichen Rechtsstreits des Verbandes Deutscher Realschullehrer für eine kürzere Lehrerarbeitszeit wäre, gebührte den Klägern Dank und Anerkennung aller Schüler und Eltern.

Staatsverdrossenheit?

Bürgerurteil im Sommer 1980
-eine Infas-Umfrage -

Seit 1976 stellt Infas einer repräsentativen Auswahl von Bundesbürgern die Frage: Ich lese Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen vor. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, ob Sie ihr Vertrauen entgegenbringen, oder ob das nicht der Fall ist. Wie ist das mit ... usw.?

Das Ergebnis der Umfrage vom Sommer 1980 liegt nunmehr vor:

Vertrauen in Institutionen (1980)

Rang	Institutionen	Vertrauen		Index ⁺
		kein Vertrauen	Vertrauen	
		%	%	%
1	Bundesverfassungsgericht	81	10	71
	Bundestag	82	11	71
2	Gesundheitswesen	79	15	64
3	Bundeswehr	78	17	61
4	Stadt- und Gemeindeverwaltung	73	20	53
5	Justiz	71	22	49
6	Kirchen	67	27	40
7	Fernsehen	66	27	39
8	Zeitungswesen	55	33	22
9	Hochschulen und Universitäten	48	38	10

⁺ Der Index gibt die Differenz zwischen Vertrauen und mangelndem Vertrauen an.

Das eigentlich Überraschende an den Ergebnissen der Umfrage aus der Zeit des Vorwahlkampfes und des Parteienstreites ist der "Sprung des Bundestages" nach oben: 60 % war der Indexwert vom Sommer 1979! Einen ebenfalls eindrucksvollen Anstieg des Vertrauens, so stellt Infas fest, hat die Bundeswehr zu verzeichnen.

Seit 1976 nur im Mittelfeld der Konkurrenz - mit einem Abstieg in 1978 - liegen die Gemeindeverwaltungen. 53 Punkte Differenz zwischen Vertrauen und Mangel an Vertrauen: Das sollte jedem Gemeindevertreter, jedem Bürgermeister und jedem Angehörigen der Gemeindeverwaltung Ansporn sein. Daß der Gemeindeverwaltung deutlich mehr Vertrauen entgegengebracht wird als dem Zeitungswesen sollte kein Trost sein. Das schon immer schlechte Abschneiden des Konkurrenten Zeitungswesen könnte eigentlich nur den trösten, der besorgt die markbeherrschenden Meinungsmacher "Bild" oder "Kieler Nachrichten" beobachtet.



Weg von der einseitigen Ausrichtung auf Eigentumsbildung, hin zu verstärkter Förderung der weniger Verdienenden! Das sind die gegen den Programmentwurf des Parteivorstandes gerichteten Forderungen eines wesentlichen Teils der CDU.

Doch, würden sie Programm, die Vorstellungen und somit verbindliche Richtschnur auch für Kommunalpolitiker dieser Partei, für Kronshagen kämen die wohnungspolitischen Forderungen der christlichen Arbeitnehmer zu spät.

Wo immer auch in der Vergangenheit von der SPD der Versuch unternommen wurde, sozialen Mietwohnungsbau zu verwirklichen, setzte sich die Mehrheitsfraktion in der Gemeindevertretung rücksichtslos mit ihrer Eigenheimpolitik durch. Und verbrämt wurde das oft mit dem fadenscheinigen Argument, die Eigenheime sollten größeren und sozial schwächeren Familien hingestellt werden.

Tatsache ist, nach den Daten des Instituts für Wohnen und Umwelt, daß nur 20 Prozent staatlicher Eigentumsförderung dem unteren Drittel der Einkommenbezieher zugute kommen. Dagegen kassiert das obere Drittel mehr als die Hälfte!

Eigentumsförderung nach diesem Muster ersetzt Kopfzerbrechen um die richtige Wahlkreiseinteilung, also die, die die konservative Mehrheit auf Dauer sichert. Eigentumpolitik nach diesem Muster vertreibt die weniger verdienenden Bürger aus ihrem Heimatort.

Zu spät kämen allerdings auch für Kronshagener Bürger, die in ihrer Gartenstadt gerne wohnen bleiben wollen, die Vorstellungen der SPD, mit denen der Mietwohnungsbau gefördert werden soll. Denn Grund und Boden steht nicht mehr zur Verfügung. Und auch im künftigen Bebauungsplan 30 "Waidmannsruh" mit seinen 150 Wohneinheiten sind nach Stand der bisherigen Planung keine Mietwohnungen vorgesehen.

Der Landesverband der SPD hat alle Parteimitglieder aufgerufen, sich mit ihren Familien, Freunden und Bekannten zum traditionellen Familienfest, dem

Mai-Treffen

am 24. Mai 1981 in Bad Oldesloe zu versammeln. Höhepunkt des politischen Teils des Treffens wird die Ansprache des Parteivorsitzenden Willy Brandt sein